

Zivilgesellschaft in Europa

Partizipative Demokratie: Politische Beteiligung von Zivilgesellschaft an der Krisenbewältigung

von Christian Moos,
Europabeauftragter des BBE-Sprecherrats

Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie

23. November

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Partizipative Demokratie in Europa in Zeiten der Krisen“. Ein weißer Schimmel galoppiert durch das Motto dieser Tagung. Nein, Europa und Krisen, das ist nicht dasselbe. Aber Demokratie ohne Teilhabe? Geht das überhaupt?

Partizipation ist nicht alles, aber ohne Partizipation ist alles nichts. Eine Demokratie ohne Teilhabe wäre allenfalls eine Schein-Demokratie. Die EU-Mitgliedstaaten bewegen sich mittlerweile zwischen den beiden Polen der rechtsstaatlichen Demokratie und der Wahlaokratie oder auch, um die politischen Kampfbegriffe zu gebrauchen, der liberalen und der illiberalen Demokratie.

Partizipation bedeutet nicht, darf nicht bedeuten, dass nur der Mehrheitswille sich in konkretem Engagement spiegelt. Die Qualität der Demokratie bemisst sich immer auch am Umgang mit Minderheiten. Wenn die Minderheitenrechte ein besonderer Gradmesser für die Qualität der Demokratie sind, dann gilt das auch für die Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Wie viel „Andersdenken“ halten wir aus? Wie viel dürfen wir aushalten, ohne dass dieses „Andersdenken“ die Grundlagen unserer freiheitlichen Grundordnung untergräbt?

Die Idee der illiberalen Demokratie stammt nicht von Viktor Orbán selbst. Sie ist aber durch seine Rückkehr an die Macht beziehungsweise in den Jahren nach 2010 immer wirksamer geworden. Die Aufeinanderfolge nicht enden wollender Krisen begünstigt diese autoritäre Idee.

Diese Entwicklung ist keine Einbahnstraße. In Polen etwa gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass das autoritäre Experiment der aktuellen Regierung bald zu Ende gehen könnte. In anderen EU-Staaten verhält es sich aber genau umgekehrt, darunter auch Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften wie Italien, aber hier will ich den weiteren Beiträgen nicht vorgreifen.

Die Multikrise jedenfalls prägt die Menschen. Sie verändert unsere Gesellschaften in Europa. Und, das ist in unserem Zusammenhang entscheidend, sie führt zu einer Polarisierung auch im Bereich des Engagements.

Engagement war zu keiner Zeit wertneutral. Waren die französischen Gelbwesten Ausdruck partizipativer Demokratie? Sind es die Klimademonstranten, die sich festkleben oder Kunstwerke mit Farbe oder mit Lebensmitteln bewerfen? Sind die sächsischen Montagsspaziergänge unserer Zeit eine Form bürgerschaftlichen Engagements und demokratischer Partizipation? Mit Blick auf diese Entwicklungen in Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Ländern und in weiten Teilen der OECD-Staaten ist heute viel von der dunklen Seite der Zivilgesellschaft die Rede. Die implizite Wertung ist insofern nicht unproblematisch, als sie zu weiterer Polarisierung beitragen kann.

Der Kern des Problems besteht darin, dass es möglicherweise keinen großen gesellschaftlichen Konsens mehr gibt über das, was dem Gemeinwesen nützlich ist und was nicht. Der Konsens über grundlegende Werte geht verloren und damit auch die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen, weil diese nicht mehr verarbeitet werden können in einem diskursiven Prozess, sondern emotional aufgeladen und mit Identitäten verbunden sind. Es geht also um Alles oder Nichts, um Sein oder Nichtsein. So gerät die Gesellschaft aus der Balance. So gerät Demokratie in Gefahr. Zu beobachten ist eine sich wechselseitig verstärkende zentrifugale Bewegung.

Eine Gesellschaft, in der diese Zentrifugalkraft bereits sehr stark gewirkt hat, ist ganz sicher die der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber auch hier in Europa sind exakt dieselben Tendenzen, wenn auch mit verschiedenen phänomenologischen Oberflächen zu konstatieren. Wichtige Bedingungsfaktoren sind immer die politische Kultur, die sich vor allem aus historischen Traumata speist. Dieses Grundrauschen bestimmt auch jedes zivilgesellschaftliche Engagement.

Was führt zurück zu mehr Gelassenheit, zu mehr Toleranz? Es ist ein schmaler Grat zwischen Toleranz und mangelnder demokratischer Wehrhaftigkeit. Joseph Goebbels amüsierte sich als Berliner Gauleiter der NSDAP über die republiktreuen Parteien: „Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale, wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ Es ist bezeichnend, dass ein hochrangiger Vertreter der rechtsextremistischen AfD, Björn Höcke, 2018 sagte: „Wir müssen uns entscheiden, ob wir Schafe oder Wölfe sein wollen. Und wir entscheiden uns dafür, Wölfe zu sein.“

Wie steht es heute um unsere Bürgergesellschaft? Die Multikrise, das ist recht offensichtlich, mittlerweile auch wissenschaftlich gut untersucht und belegt, gefährdet überall in Europa den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit auch den Konsens über das, was unter Teilhabe zu verstehen ist. Die heute hier gestellte Frage nach der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Krisenbewältigung gestattet vor diesem Hintergrund keine einfachen Antworten.

Ich möchte vier Thesen aufstellen:

Erste These: Der Satz, in jeder Krise liege eine Chance, bleibt prinzipiell richtig; die Multikrise, die uns beschäftigt, geht aber an die Substanz der gesellschaftlichen Resilienz und kann auch die organisierte Zivilgesellschaft überfordern.

Zweite These: Partizipation wird zu oft als Anspruchshaltung an den Staat oder subsidiär an Europa formuliert. Teilhabe wird jedoch umso wirkmächtiger, je mehr sie aus eigener Kraft geschieht.

Dritte These: Das Zeitalter der Globalisierung und der Hyperindividualisierung ist zu Ende. Wir haben aber noch nicht die richtigen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Der Tanz ums eigene Knie muss durch weniger ichbezogene Formen des Engagements ersetzt werden, wenn unsere Gesellschaften sich als Multikrisen-resilient erweisen sollen.

Vierte These: „Zivilgesellschaft in Europa“ klingt merkwürdig unbestimmt. „Europäische Zivilgesellschaft“ hingegen verbindet Vielfalt mit einem gemeinsamen Wertefundament, auf das es unverzichtbar ankommt, wenn unsere gegenwärtige europäische Ordnung, die eine freiheitlich-demokratische ist, Bestand haben soll.

Der pleonastische Begriff der partizipativen Demokratie – unser weißer Schimmel - ist aufs engste mit Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts verbunden. Partizipative Demokratie hat die umfassende politische Beteiligung möglichst vieler, idealiter aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensbereichen zum Ziel.

Dieses Ziel ist bis zum heutigen Tag nicht erreicht, und, was noch problematischer ist: Die so verstandene partizipative Demokratie geht von einem längst verlorenen gesellschaftlichen Konsens und einem unverrückbar festen Wertefundament aus, das längst unterspült wird.

Die politische Beteiligung aller ist seit Jahrtausenden eine unverwirklichte Utopie: In der attischen Demokratie nahmen nur die freien und begüterten Männer am politischen Leben teil. Sie und nur sie waren der Demos. Rudimentär scheint das alte Zensuswahlrecht auch heute noch in der Anforderung auf, einen festen Wohnsitz vorweisen zu müssen. Und das Ausländerwahlrecht unserer Zeit schließt einen Teil der Bevölkerung von der durch Wahlen und Repräsentanz organisierten politischen Teilhabe aus. Gleiche Wahlen sind auch heute nicht vollkommen voraussetzungslos, sondern etwa an die Staatsangehörigkeit gebunden.

Teilhabe wird und wurde immer schon erschwert durch prekäre sozioökonomische Verhältnisse. Und das römische Erfolgsrezept Brot und Spiele, als Ersatz für Teilhabe und als politisches Sedativ, gilt auch heute und in der Zukunft noch viel mehr. Wer will sich schon noch an herausfordernden Diskursen beteiligen und mit komplexen Beziehungen auseinandersetzen, wenn das Metaverse lockt. Die Matrix als globale Dystopie lässt grüßen.

Partizipative Demokratie meint politische Teilhabe weit über den Wahlakt hinaus. Partizipative Demokratie kann zwar auch direkte Demokratie bedeuten, muss es aber nicht. Die Krisen unserer Zeit im Wege direkter Demokratie bewältigen zu wollen, wäre ein gefährlicher Irrweg. Denn direkte Demokratie ist anfällig für komplexen Zusammenhängen abträgliche Vereinfachung, für psychologische Verschiebungen und emotionale Aufladungen. Zumal in Zeiten der Polarisierung ist das ein Brandbeschleuniger erster Güte.

Direkte Demokratie ist nur bei vordergründiger Betrachtung fortschrittlich, denn sie garantiert keineswegs die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Die Schweiz ist das Musterland der direkten Demokratie, aber eben in vielfacher Hinsicht auch ein Sonderfall. Das Frauenwahlrecht, das Recht der Hälfte der Schweizer Bevölkerung, sich auch an demokratischen Wahlentscheidungen zu beteiligen, wurde erst zwischen 1971 und 1990 flächendeckend durchgesetzt. Die repräsentativen Demokratien waren weit fortschrittlicher, denn diesen gelang dies bereits zwischen 1918 und 1944.

Die direkte Demokratie war in der jüngeren Vergangenheit eine Lieblingsvision vieler Linker. Hier ist aber längst ein Bewusstseinswandel eingetreten. Denn rechte Populisten und Extremisten, das sehen wir überall in Europa, nutzen und fordern die direkte Demokratie nicht ohne Grund. Der Weg zum demokratischen Cäsarismus ist kurz. Die Diktatur ist bekanntlich die hässliche Verwandte der Demokratie.

Wen wundert es, wenn sich unter anderen das Rassemblement National und die Alternative für Deutschland für mehr direkte Demokratie stark machen?! Die repräsentative Demokratie wirkt mit ihren institutionalisierten Prozessen und Verfahren wie ein Schleifstein auf radikale Positionen. Repräsentative Systeme sind weniger anfällig für Cäsarismus, weil ihnen mehr checks and balances innewohnen.

Checks and balances sind überhaupt der Schlüssel zu jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung – und nicht nur wichtig für Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung. Auch und gerade die Zivilgesellschaft spielt hier eine herausragende Rolle. Denn Partizipation kann Repräsentanz ergänzen und stärken. Teilhabe im Sinne von Transparenz und Deliberation entfaltet eine stabilisierende Wirkung. In dieser Verbindung kann auch die vielfach beklagte Distanz zwischen Regierenden und Regierten verringert werden. So verstanden kann partizipative Demokratie der Politikverdrossenheit entgegenwirken und sogar das Vertrauen in die repräsentative Demokratie wieder stärken, was auch dringend geboten ist. Denn Krisenbewältigung braucht Vertrauen.

Stabilität hat besonders in Umbruchphasen einen hohen Wert, jedenfalls für all diejenigen, die das System nicht sprengen wollen. Menschen, die teilhaben oder besser, die sich ihrer Teilhabe bewusst sind, rufen nicht „Wir sind das Volk“. Der gewaltfreie Ruf von 1989 wird heute von Rechtsradikalen gerufen und von Überforderten, die sich von ihren Ängsten beherrschen lassen. Das „Wir sind das Volk“ unserer Zeit hat nichts Emanzipatorisches. Der Ruf wirkt heute bedrohlich, nicht mehr gewaltfrei. Aber auch dort, wo dieser Ruf nicht erschallt, ist ein zunehmender Vertrauensverlust zu registrieren.

Wenn man die Wahlbeteiligung in den liberalen Demokratien zum Maßstab nimmt, ist seit vielen Jahren eine Tendenz zur Abnahme der Teilhabe zu beobachten. Jedoch ist die Wahlbeteiligung allein keine aussagekräftige Größe zur Bestimmung der Qualität einer Demokratie. Hier kommt der Schlüsselfaktor des Vertrauens ins Spiel. Ohnehin bedeutet Teilhabe mehr als nur die regelmäßige Wahrnehmung des aktiven und gelegentlich des passiven Wahlrechts. Partizipation ganz ohne Repräsentanz wäre ein basisdemokratisches Utopia oder, je nach Standpunkt des Betrachters, auch eine Dystopie.

Repräsentative und partizipative Demokratie befinden sich insbesondere aufgrund der digitalen Revolution in einer Phase der Neuorientierung. Die Regeln der Kommunikation und des gesellschaftlichen Miteinanders werden aktuell neu ausgehandelt. Das kann nicht folgenlos sein für Demokratie, Teilhabe und Zivilgesellschaft. Repräsentative und partizipative Demokratie müssen nicht nur neu zueinander finden, sie müssen sich auch hinsichtlich ihrer Mittel und Wege teils neu bestimmen. Dass die digitale Revolution besonders begünstigt, was laut und schrill ist,

und – siehe Elon Musk - dem Willen zu neuer Wirkmacht über die Welt verhilft, macht die Gemengelage nicht einfacher.

Die Krise ist das Signum unserer Zeit. Krisen sind Umbrüche. Krisenbewältigung beschreibt also den Umgang mit Umbrüchen. Aktuell sehen wir uns mit einem Bündel aus Krisen konfrontiert, die teils losgelöst voneinander bestehen, teils aufeinander aufbauen, größtenteils einander verstärkend beeinflussen. Schlagworte für diese Krisen und die mit ihnen verbundenen Herausforderungen lauten ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Krieg, Klimawandel, Demographie, Migration, Energiesicherheit, Inflation. Alle diese Krisen sind dazu angetan, zumal in ihrer Kombination, das Vertrauen in die Politik zu beschädigen.

Dabei geht es nicht nur um das Vertrauen der Menschen in die Glaubwürdigkeit und die Kompetenz einzelner Politikerinnen und Politiker. Es geht um das Vertrauen in unsere Institutionen. Repräsentative Umfragen in Deutschland haben jüngst erschreckende Ergebnisse gezeigt (FORSA-Umfrage des dbb). Demnach hat nur noch ein gutes Drittel der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Problemlösungskompetenz des Staates und seiner Institutionen. Vergleichbare Umfragen bei unseren europäischen Nachbarn zeigen ähnliche Ergebnisse.

Das sind gefährliche Trends, denn wo das Vertrauen in unser Gemeinwesen schwächer wird, nimmt auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ab, wird auch Zivilgesellschaft weniger gut in der Lage sein, sich an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Denn auch zivilgesellschaftliche Organisationen sind in einem höheren Sinne Institutionen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Bei diesen gefährlichen Trends geht es in Deutschland weniger um enger werdende Räume für die Zivilgesellschaft. Die shrinking spaces sind ein Merkmal bereits kranker oder sterbender Demokratien. Diesen voraus geht aber der auch in Deutschland zu beobachtende Vertrauensverlust, den sich als starke Führer gerierende Männer wie Viktor Orbán und Frauen wie Giorgia Meloni zunutze zu machen wissen. Der Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen geht dieser Verknöcherung voraus, die die Bewegungsspielräume und damit die Freiheit schrumpfen lässt.

Der Vertrauensverlust ebnet autoritären und extremistischen Kräften den Weg. Zivilgesellschaft kann also nicht nur daraufsetzen, dass der Rechtsstaat und seine demokratischen Institutionen immer für sie da sein werden. Vielmehr muss sie für die Demokratie und den Rechtsstaat da sein.

Zivilgesellschaftliche Akteure können in der gegenwärtigen Lage nicht darauf warten, beteiligt zu werden, sondern sie müssen sich beteiligen, aus eigenem Antrieb, im Sinne

ihrer Selbsterhaltung, aus Verantwortung für die Demokratie. In diesem Zusammenhang heißt politische Beteiligung an der Krisenbewältigung auch, Diskursen, die den Staat und seine Institutionen zu delegitimieren suchen, aktiv Widerspruch zu leisten und diejenigen zu entlarven, die unsere Gesellschaftsordnung umstürzen wollen.

Demokratie kann Krisen meistern, wenn die Gesellschaft nicht aus der Balance gerät. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger engagiert sich heute aber eben bei Demonstrationen und Protesten, die von Verfassungsfeinden initiiert oder zumindest befeuert werden, lässt sich also vor den politischen Karren von Extremisten spannen. Es gärt in unseren Gesellschaften.

Unsere Zeit charakterisiert sich durch eine nervöse, ja aggressive Unruhe. Viele Menschen verstärken diese Unruhe durch Hassbotschaften über die sozialen Medien. Dabei gehen sie sehr oft gezielter Desinformation auf den Leim. Die sozialen Medien, wenn wir sie denn sozial nennen wollen, haben, anders als in ihren Anfangstagen von Vielen erwartet, keine die Demokratie stärkende Wirkung entfaltet. In der Art und Weise, wie sie heute wirken, gefährden sie die Demokratie eher als dass sie ihr nutzen.

Die Problematik der sozialen Medien beschränkt sich nicht auf die Missbrauchsanfälligkeit dieser Kommunikationsformen. Es geht auch, aber nicht nur um Cyber-Mobbing und Hass-Reden. Auch das Gutgemeinte und Wohlgesagte verhallt in Echokammern, führt zu selten zu echten Diskursen. Was bleibt, sind die Polarisierung und alternative Wirklichkeiten.

Die Schwarmintelligenz galt manchen bis vor gar nicht langer Zeit als eine neue Stufe des Fortschritts. Längst wissen wir: Gerade die vielfach gelobte Schwarmintelligenz ist ein Problem. Denn Schwarmintelligenz ist Instinkt und nicht das Ergebnis rationaler Prüfung, Abwägung und Entscheidung. Zudem gilt: Die sozialen Medien begünstigen eine narzisstische, eine grob vereinfachende und eine in Ton und Inhalt eskalierende Kommunikation. Sie sind also nach heutigem Stand nicht der Schlüssel zu mehr und besserer Beteiligung, jedenfalls nicht in der Weise, in der zu viele Menschen von ihnen Gebrauch machen.

Für die Zivilgesellschaft und ihre Teilhabe stellt sich also nicht anders als für die Gesellschaft insgesamt die Frage nach einem vernünftigeren Umgang mit den neuen Medien. Gerade im digitalen Raum werden Engagement und Teilhabe häufig nur vorgetäuscht, bleiben eine Illusion. Bei Kampagnen zählen der Spin, das richtige Marketing.

Partizipation wird leider auch in den noch funktionsfähigen europäischen Demokratien allzu oft nur inszeniert und nicht wirklich gelebt, hier und da auch instrumentalisiert. Und was Inszenierung anbelangt, sind wir schon mittendrin in

unserer krisenverunsicherten europäischen Gegenwart. Foren mit Losbürgerinnen und -bürgern sind en vogue. Jedoch ersetzt „Lotteriedemokratie“ weder die Verantwortung, die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten zukommt, noch eine effektive Beteiligung von Zivilgesellschaft, die nicht über Losverfahren, sondern nur über klare Kriterien der Qualität des Engagements und der Repräsentativität erfolgen kann.

Auf europäischer Ebene hat es jüngst einen prominenten, wenn auch wenig öffentlichkeitswirksamen Versuch gegeben, partizipative Demokratie zu simulieren. Die Konferenz zur Zukunft Europas diente nicht primär der zivilgesellschaftlichen Krisenbewältigung oder einer Stärkung der gesellschaftlichen Krisenresilienz. Sie war besonders aus der Perspektive des Europäischen Parlaments und vielleicht auch der Kommission der Versuch, über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Druck auf die Regierungen aufzubauen. Denn diese bleiben seit vielen Jahren gemeinsame Antworten auf die Frage nach Europas Zukunft schuldig.

Die Bürgerforen, die wir kennenlernen durften, ich selbst war für den EWSA Mitglied des Plenums der Konferenz zur Zukunft Europas, werden in Brüssel überwiegend als erfolgreich bewertet. Aber waren sie das wirklich? Zufallscluster von Bürgerinnen und Bürgern können die Orte nicht ersetzen, an denen politische Teilhabe millionenfach organisiert wird. Diese sind neben den politischen Parteien die überparteilichen Organisationen der Zivilgesellschaft. Je effektiver diese Organisationen, die immer Ausweis für die Selbstregelungskräfte einer Gesellschaft sind, eingebunden werden, desto besser kann auch Krisenbewältigung gelingen. Das gilt für Deutschland ebenso wie für Europa.

Aber: Einbindung ist eben wie die öffentliche Förderung ein zweiseitiges Schwert, denn sie beschreibt einen vertikalen Prozess mit großen Ungleichgewichten zwischen denen, die einbinden und fördern, und denen, die eingebunden und gefördert werden. Sie impliziert Abhängigkeiten und begünstigt, wo die Checks and Balances versagen, die Gleichschaltung und Entpolitisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren politische Beteiligung so zu einer reinen Theateraufführung verkommt. Beispiele für diese Gleichschaltung und Entpolitisierung gibt es vor allem in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die inzwischen nicht mehr als voll funktionsfähige freiheitliche Demokratien anzusehen sind, also vor allem in Ungarn und teilweise auch in Polen.

Nun wird die enorme Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaften in den Nachbarstaaten der Ukraine zu Recht gelobt. Viele Millionen Schutzsuchende wurden mit großer Unterstützung der Zivilgesellschaft aufgenommen. Es liegt aber ein Schatten auf dieser Hilfsbereitschaft. Wird die Hilfe hier als Beitrag zur Krisenbewältigung anders bewertet als bei Schutzsuchenden aus Afrika oder dem Nahen Osten? Ob Jemen,

Syrien oder Äthiopien: Auch in diesen Ländern herrschen Krieg und Zerstörung. Gibt es Kriegsflüchtende zweier Klassen? Migration bleibt auch nach dem russischen Angriff ein Spaltpilz in Europa.

Losgelöst vom Problem des menschenwürdigen Umgangs mit Migrantinnen und Migranten gilt in Bezug auf die dunkle Seite der Zivilgesellschaft, die eigentlich gar keine mehr ist: Auf dem Weg zu einer autoritären Scheindemokratie werden die Grenzen zwischen Engagement und Konformismus fließend, bis sich alles in unpolitischer Betriebsamkeit auflöst. Denn neben dem Krieg und der Erderwärmung ist das wohl die größte Gefahr: Die autoritäre Versuchung der illiberalen Demokratie. Nur eine freie, unabhängige und vielfältige Zivilgesellschaft ist eine gute Versicherung gegen die illiberale Demokratie. Es liegt also im Selbsterhaltungsinteresse der freiheitlichen Demokratien, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, durch geeignete Regulierung ebenso wie durch faire Zugänge zu öffentlichen Finanzmitteln.

Damit finanzielle Förderung die Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht in Frage stellt, muss sie aber ein Mindestmaß an Planungs- und an Rechtssicherheit für die Geförderten mit sich bringen – und die Politik sich jede Einflussnahme versagen. Mehrjährige Förderzeiträume sind dafür geeignet. Die besonders in vielen EU-Staaten übliche enge Bindung an die Haushaltsjahre ist ein Problem für viele zivilgesellschaftliche Organisationen. Die damit verbundenen Unsicherheiten führen zu fehlender Planungssicherheit und bei den hauptamtlich Tätigen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Und ganz ohne hauptamtliche Unterstützung, das wissen wir alle, kann auch bürgerschaftliches Engagement kaum gelingen, wird auch Teilhabe nur schwer zu organisieren sein. Zumindest gilt das für größere und längerfristig angelegte Organisationszusammenhänge. Mehr Planungssicherheit würde weder die Transparenz in der Mittelverwendung, noch regelmäßige Kontrolle und strenge Rechenschaftspflichten in Frage stellen.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement jedenfalls setzt sich für eine nachhaltige Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure ein. Und dazu gehört unbedingt, dass prekäre Abhängigkeiten vermieden werden.

Natürlich ist diese Frage der Finanzierung nur ein Baustein, wohl aber ein wichtiger. Darüber hinaus kommt es fraglos auf das Mindset zivilgesellschaftlicher Akteure an. Besonders in Krisenzeiten. Politische Beteiligung wird selten einfach so gewährt. Sie muss zumeist politisch erstritten, also aktiv eingefordert werden. Glücklicherweise geschieht dies in Ländern wie Deutschland noch im wechselseitigen Einvernehmen, dass die organisierte Zivilgesellschaft eine wichtige gesellschaftliche Funktion hat, nicht anders als etwa die vierte Gewalt auch eine Kontroll- und Korrektivfunktion.

In der illiberalen Demokratie, die in mehreren EU-Staaten Raum greift, kehrt der autoritäre Obrigkeitsstaat wieder. Zivilgesellschaft kann in einem solchen System nicht existieren. Denn Zivilgesellschaft braucht Freiheit wie die Luft zum Atmen. Das bedeutet nicht, dass es in autoritären Herrschaftssystemen keine Menschen gibt, die sich für gesellschaftliche Entwicklungen, die sich für Verbesserungen des Zusammenlebens einsetzen. Diese mutigen Engagierten wagen aber den Einsatz ihrer persönlichen Sicherheit. Sie riskieren Haft und Existenzverlust, manchmal auch Leib und Leben. Hier geht es also um weit mehr als um Partizipation.

Aber genau hier kann der europäische Gesetzgeber helfen. Um die Zivilgesellschaft europaweit zu stärken, braucht es endlich ein europäisches Vereinsrecht. Der Vorstoß des Europäischen Parlaments ist genau richtig. Im Februar forderte es die Kommission auf, die Rechtgrundlage für länderübergreifende europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck zu schaffen. Im zweiten Quartal 2023 will die Kommission nun einen Vorschlag machen. Das ist gut so. Denn das europäische Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit läuft für die organisierte Zivilgesellschaft leer. Es braucht parallel zum Dialog der europäischen Sozialpartner auch einen Dialog der europäischen Zivilgesellschaft. Nur so kann Artikel 11 des EU-Vertrags, kann die Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger und der europäischen Zivilgesellschaft mit Leben erfüllt werden.

Das europäische Vereinsrecht wird einen gewissen Schutz vor Willkürakten schein-demokratischer Regierungen bieten. Und auch der Status der Gemeinnützigkeit lässt sich auf europäischer Ebene absichern. Besonders hervorzuheben ist, dass die Rechtsform des europäischen Vereins auch zur Schaffung eines öffentlichen europäischen Raums und zu mehr europäischer Identität, zur Überwindung der nationalen Fragmentierung bürgerschaftlichen Engagements beitragen kann.

Und schließlich: Auch die leicht reformierte Europäische Bürgerinitiative bietet im Grundsatz weite Partizipationsmöglichkeiten. Die Hürden bleiben aber sehr hoch, und es bedarf großer Organisationskraft, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bürgerinitiative zu erfüllen.

Ich komme zum Schluss: Der russische Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die internationale Ordnung, auf die europäische Friedensordnung, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und auf eine freie Zivilgesellschaft, die dem demokratischen Verfassungsstaat und seinen Institutionen nicht unverwandt gegenübersteht, sondern ihn durchdringt und durch ihr Engagement überhaupt erst ermöglicht.

Vielen Dank!